



# P R E S S E A U S S E N D U N G

## **GVV Burgenland kämpft weiter:** **„Jeder Bürger muss gleich viel wert sein!“**

GVV-Präsident Trummer: „Wir haben uns auch im Österreichischen Gemeindebund vehement für eine faire Verteilung der Mittel eingesetzt - das wurde leider vor allem von der ÖVP in der Bundesvorstandssitzung abgelehnt. Daher plane ich jetzt eine Klage beim VfGH!“

**Eisenstadt, 06.04.2016 – Am 16. März 2016 fand in Wien die Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindebundes statt. Dabei waren auch der Finanzausgleich und die Position des Österreichischen Gemeindebundes bei diesen Verhandlungen ein zentrales Thema. Gefordert wurden vom Gemeindevertreterverband Burgenland Ausgleichsmaßnahmen für strukturschwache und finanzschwache Gemeinden, eine Ausgaben- und Aufgabenreform sowie eine Modernisierung der Einheitsbewertung mit einer Reform der Grundsteuer. Kernforderung war und ist aber: „Jeder Bürger muss – egal wo er in Österreich seinen Wohnsitz hat – gleich viel wert sein!“. Diese klare Position hat der GVV Burgenland auch schriftlich eingebracht, dies wurde aber in der Resolution des Gemeindebundes nicht berücksichtigt. Daher hat der GVV Burgenland als einziger Landesverband dieser – für das Burgenland nachteiligen - Resolution nicht zugestimmt und trägt die Gemeindebundposition **IN DIESEM ZENTRALEN PUNKT NICHT** mit! **GVV Präsident Erich Trummer plant nun sogar eine Klage beim Verfassungsgerichtshof!“****

GVV Präsident Erich Trummer: „Kernforderung des GVV war und ist es, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in GANZ ÖSTERREICH – vor allem, und darum geht es in diesem Fall, in gleichgroßen Gemeinden - gleich viel wert sein sollen. Es soll das ungleiche und unfaire Verhältnis zwischen gleichgroßen Gemeinden im Westen Österreichs und jenen im Osten schrittweise beseitigt werden!“ Der Gemeindebund mit Präsident Mödlhammer wollte dies aber nicht – selbst nach konkreter mehrmaligen GVV-Burgenland Forderungen - als Position festmachen.

Trummer weiter: „Wir lassen uns aber dadurch nicht beirren! Wir haben die volle Unterstützung unseres Landeshauptmannes Hans Niessl, des Finanzlandesrates, der Gemeindereferentin sowie der burgenländischen SPÖ-Nationalräte und wir werden

uns als GVV Burgenland weiter auf allen Ebenen für eine Reform des Finanzausgleichs einsetzen, um mehr Fairness und Gerechtigkeit bei der Verteilung der finanziellen Mittel sicher zu stellen, sodass die burgenländischen Gemeinden nicht länger schlechter gestellt sind!“

Hintergrund: Ein Einwohner einer Vorarlberger Gemeinde ist durchschnittlich 1012.- Euro „wert“, einer aus Salzburg sogar 1043.- Euro, während ein Einwohner aus dem Burgenland „nur“ 741.- Euro für die Hauptwohnsitzgemeinde einbringt (Basis 2014).

Interessant ist in diesem Zusammenhang das doppelbödige Verhalten der ÖVP Burgenland. Während NR Niki Berlakovich wortreich und ohne Taten mehr Fairness und Gerechtigkeit für die burgenländischen Kommunen verlangt, stimmten die ÖVP Gemeindebund Burgenland Vertreter – Präsident Leo Radakovits und ÖVP Burgenland Chef Thomas Steiner – FÜR die Resolution des Österreichischen Gemeindebundes, die keine Beseitigung der Benachteiligung der burgenländischen Kommunen gegenüber jenen im Westen Österreichs vorsieht!

Trummer weiter: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gerade die ÖVP geführten kommunalen Verbände - in Tirol, Vorarlberg und Salzburg den größten Widerstand gegen eine faire Aufteilung der Mittel leisten und sich offensichtlich parteiintern durchsetzen. Statt immer nur den Wegfall des abgestuften Bevölkerungsschlüssels zu fordern, um damit Wien allen anderen Gemeinden anzugleichen, sollte die ÖVP – und da vor allem Berlakovich und Mödlhammer – mit ihrem ÖVP Finanzminister und ihren Parteifreunden im Westen reden, um eine ordentliche und faire Reform des FAG auf den Weg zu bringen! Der GVV ist jedenfalls dafür, dass JEDER gleich viel wert ist, was dann für alle Kommunen, auch jene in den westlichen Bundesländer, gelten muss!“

## **>> Trummer plant Klage beim VfGH**

Als letzte Konsequenz plant jetzt Trummer – gerade wegen dieser Ungleichbehandlung der Gemeinden – mit seiner Gemeinde Neutal eine Klage beim VfGH, um gerichtlich eine gerechte Lösung herbeizuführen. Es soll damit dieses Ungleichgewicht bei der Verteilung der finanziellen Mittel, das offensichtlich wegen der Blockade der westlichen Verbände politisch nicht zu beheben ist, beendet werden.